

Antworten auf behindertenpolitische Fragen zur Kommunalwahl am 14. März 2021 in Kassel

Gerade für behinderte Menschen spielen kommunalpolitische Entscheidungen eine sehr wichtige Rolle. Denn hier wird viel entschieden, was vor der eigenen Haustür passiert und damit auch inwieweit Inklusion und eine gleichberechtigte Teilhabe möglich wird und ob Barrieren abgebaut werden.

Dies hat den Verein Selbstbestimmt leben in Nordhessen (SliN) und den Verein zur Förderung der Autonomie Behinderter (fab) veranlasst, nachzufragen, was die einzelnen Parteien bzw. Wählergruppen zukünftig in Sachen Behindertenpolitik in Kassel bewegen und vorantreiben wollen. Hierzu haben wir Antworten von der SPD, der CDU, von BÜNDNIS 90/DIE Grünen, von der AfD, von der Partei DIE LINKE, von der FDP und von der Wählergruppe Rettet die Bienen bekommen. Diese Antworten, für deren Länge wir keine Vorgaben gemacht haben, und die gestellten Fragen veröffentlichen wir im Folgenden.

Wir hoffen, dass Ihnen diese Antworten auf unsere Fragen einen Eindruck darüber vermitteln, was die einzelnen Parteien bzw. Wählergruppen zukünftig in der Kommunalpolitik in Kassel anstoßen bzw. bewegen wollen. Und wir hoffen natürlich auch, dass diese Antworten Ihnen helfen, Ihre Wahlentscheidung zu treffen. Dies verbinden wir mit der Bitte: Geben Sie Ihre Stimmen für die zu wählenden 71 Stadtverordneten ab. Denn Demokratie lebt von Engagement und Demokratie lebt vor allem auch von einer guten Wahlbeteiligung. Vielen Dank für Ihr Engagement!

Folgende Fragen haben der Verein zur Förderung der Autonomie Behinderter (fab) und der Verein Selbstbestimmt leben in Nordhessen (SliN) an die Parteien bzw. Wählergruppen gestellt:

Behindertenpolitische Fragen zur Kommunalwahl am 14. März 2021 in Kassel

Partizipation:

Was werden Sie tun, um die Beteiligung behinderter Menschen an kommunalpolitischen Entscheidungen zu verbessern?

Treten Sie für die Schaffung einer hauptamtlichen Stelle für eine/n Behindertenbeauftragte/n der Stadt Kassel ein, die mit einer Person besetzt wird, die selbst behindert ist?

Kandidieren in Ihrer Partei behinderte Menschen, die sich auch für die Rechte dieses Personenkreises einsetzen, auf aussichtsreichen Listenplätzen für die Kommunalwahl? Und welche Personen sind dies?

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention:

Was werden Sie tun, um die Regelungen der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen verstärkt in Kassel umzusetzen?

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Inklusion in Kassel zu verbessern, wie zum Beispiel im Bereich Bildung, Arbeit, Kultur oder Sport?

Barrierefreiheit:

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, dass Kassel für Menschen mit ganz unterschiedlichen Behinderungen barrierefreier wird, wie zum Beispiel durch mehr barrierefreie und bezahlbare Wohnungen, beim öffentlichen Personennahverkehr, dem Zugang zu Gebäuden und öffentlichen Angeboten oder zu mehr Informationen in Leichter Sprache?

Antworten der Sozialdemokratischen Partei Deutschland - SPD

Partizipation

Was werden Sie tun, um die Beteiligung behinderter Menschen an kommunalpolitischen Entscheidungen zu verbessern?

Uns ist wichtig miteinander und nicht übereinander zu sprechen. Wir setzen weiterhin auf Dialog und frühzeitige Beteiligung. Deshalb werden unsere zuständigen Fachpolitiker*innen zum einen - wie auch in der vergangenen Legislaturperiode - sehr darauf achten, dass der Behindertenbeirat frühzeitig in Entscheidungen eingebunden wird und zum anderen eine/n Ansprechpartner/in für den Behindertenbeirat benennen, die oder der regelmäßig auch die Sitzungen begleitet. Gerne beteiligen wir uns an Arbeitsgruppen und nehmen Impulse auf (z.B. Beteiligung an der im letzten Jahr gegründeten Arbeitsgruppe zur Erhaltung eines Blindenpfads).

Treten Sie für die Schaffung einer hauptamtlichen Stelle für eine/n Behindertenbeauftragte/n der Stadt Kassel ein, die mit einer Person besetzt wird, die selbst behindert ist?

Für uns stellt die Behindertenpolitik ein Querschnittsthema dar. Eine aktuelle Forderung aus dem Behindertenbeirat zur Einrichtung einer hauptamtlichen Stelle ist uns nicht bekannt. In unserem Wahlprogramm haben wir aktuell keine hauptamtliche Stelle für eine oder einen Beauftragte/n vorgesehen. Wichtig erscheint uns eine konsequente Beteiligung des Behindertenbeirates mit seinen Mitgliedern, die unterschiedliche Kompetenzen und Erfahrungen mitbringen. Wir sind jederzeit gesprächsbereit und offen für Argumente, sofern dies anders gesehen wird. Der Behindertenbeirat, der 1994 eingerichtet wurde, wird durch hauptamtliche Kräfte im Bereich der Geschäftsführung der Beiräte in seiner Arbeit unterstützt. Wichtig ist der Dialog zwischen Beiräten, als Experten in eigener Sache, mit Politik und Verwaltung. Wir ermutigen immer wieder Menschen in unserer Stadt, sich für ihre eigenen Belange einzusetzen und mitzugestalten. Das bereichert uns alle, davon sind wir überzeugt.

Kandidieren in Ihrer Partei behinderte Menschen, die sich auch für die Rechte dieses Personenkreises einsetzen, auf aussichtsreichen Listenplätzen für die Kommunalwahl? Und welche Personen sind dies?

In unserer Stadt leben knapp 40.000 Menschen mit einer leichten oder schweren Behinderung. Über 80 Prozent davon sind älter als 60 Jahre. Behinderungen sind vielfältig und nicht immer sichtbar. Auch auf unserer

Liste kandidieren Frauen und Männer mit Behinderung. Bei der Listenaufstellung haben wir großen Wert darauf gelegt, die Bevölkerungsstruktur in unserer Stadt abzubilden, was uns weitestgehend gelungen ist, zum Beispiel bei der Altersstruktur: 31 % unter 35 Jahre, 36 % zwischen 36 und 59 Jahre und 33 % über 60 Jahre. Weiterhin kandidieren Menschen mit Migrationshintergrund genauso wie Menschen aus unterschiedlichen Berufsfeldern und bürgerschaftlichem Engagement. In der SPD kann jeder Mensch sich engagieren. Wir fragen niemanden nach einer möglichen Behinderung, sondern schaffen Foren, Arbeitsgruppen und Veranstaltungen, welche so niedrigschwellig sind, dass politische Teilhabe für alle Menschen möglich ist.

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Was werden Sie tun, um die Regelungen der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen verstärkt in Kassel umzusetzen?

Inklusion bedeutet für uns, dass jeder Mensch dazugehört – unabhängig von Aussehen, Sprache oder Behinderung. Auf dem Weg zu einer inklusiven Gesellschaft bedarf es Analysen zur kommunalen Situation in unterschiedlichen Lebensbereichen und konkrete Handlungsempfehlungen, die im Dialog mit Interessensvertreter*innen, Wohlfahrtsverbänden, Behindertenbeirat u.a. entwickelt werden. Im vergangenen Jahr haben wir – wie Ihnen bekannt ist - u.a. erfolgreich eine Anlauf- und Beratungsstelle für Menschenrechte und Demokratie auf den Weg gebracht.

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Inklusion in Kassel zu verbessern, wie zum Beispiel im Bereich Bildung, Arbeit, Kultur oder Sport?

Unser Ziel ist ein inklusives Gemeinwesen mit gleichen Chancen und Selbstbestimmung für alle. Wenn wir zusätzliche Kitaplätze schaffen und die Betreuungsqualität erhöhen wollen, kommt dies allen Kindern und allen Familien zugute. Genauso verhält es sich mit dem städtischen Schulbauprogramm. Die Beteiligung der gesamten Schulgemeinde und der Akteur*innen im Stadtteil ist genauso selbstverständlich wie die Umsetzung von Inklusion. Alle Kinder und Jugendliche werden auch vom Bau eines Lehrschwimmbeckens, der Stärkung der Schulsozialarbeit und einer Jugendberufsagentur profitieren.

Im Bereich der Mobilität wollen wir alle Verkehrsarten in Einklang bringen und die Barrierefreiheit für ältere oder in ihrer Mobilität beeinträchtigte Menschen beachten. Eine Straßenbahn nach Rothenditmold und Harleshausen wird zur Verbesserung des ÖPNV beitragen.

Im Bereich Wohnen setzen wir uns für die Schaffung von barrierefreien und bezahlbaren Wohnungen und einen diskriminierungsfreien Zugang

ein und wir halten an den Forderungen der Beibehaltung der Mietpreisbremse und der Kappungsgrenze fest. Wir führen unser Erfolgsmodell „Stadtteilzentren“ fort und fördern das bürgerschaftliche Engagement, Gemeinschaft und gleiche Teilhabechancen in sorgenden Gemeinschaften.

Im Bereich Sport, Bewegung und Gesundheitsförderung konnten durch die Modellregion Inklusion viele Vereine und Organisationen unterstützt werden. Wir setzen uns für eine Fortsetzung und Weiterentwicklung der Arbeit nach der Modellphase zum 1.1.2022 ein.

Im Bereich der Kultur ist die bestehende Kulturkonzeption umzusetzen. Wir sind davon überzeugt, dass eine pulsierende und vielschichtige Kulturszene es den Bürger*innen erlaubt, Kassel gemeinsam mitzugestalten. Hier gilt es alle Menschen zusammenzubringen.

Barrierefreiheit

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, dass Kassel für Menschen mit ganz unterschiedlichen Behinderungen barrierefreier wird, wie zum Beispiel durch mehr barrierefreie und bezahlbare Wohnungen, beim öffentlichen Personennahverkehr, dem Zugang zu Gebäuden und öffentlichen Angeboten oder zu mehr Informationen in Leichter Sprache?

Wir machen uns weiterhin stark für barrierefreie Zugänge zu öffentlichen Gebäuden. Aktuell sind – trotz intensiver Bemühungen - noch nicht alle barrierefrei. Das Herstellen von Barrierefreiheit hat für uns Priorität. Ein aktuelles Beispiel ist hier das Stadtteilzentrum Agathof, hier wird in 2021 ein Fahrstuhl eingebaut. Weiterhin haben wir uns für die Schaffung von zusätzlichen barrierefreien Plätzen für das Frauenhaus Kassel stark gemacht. Eine Umsetzung startet noch in diesem Jahr. Der Bau von barrierefreien, bezahlbaren Wohnungen wird von uns forciert. Gute Beispiele für gemeinschaftliches inklusives Wohnen im Quartier gibt es bereits in Kassel und hier müssen weiter bürokratische Hürden bei der Umsetzung verändert werden, damit weitere Wohnprojekte entstehen können. Das kann die Stadt nicht alleine, aber wir werden diese wichtige Arbeit weiterhin mit Initiativen an das Land und den Bund forcieren.

Barrieren im öffentlichen Raum und im Straßenverkehr behindern mobilitätseingeschränkte oder blinde Menschen. Diese sind zu benennen und zu verändern. Ein gutes Beispiel ist hier die neue Ampel am Karl-Marx-Platz, die derzeit entsteht. Informationen, die Bürger*innen betreffen, müssen für alle zugänglich sein. Kassel ist in Sachen Serviceorientierung und Barrierefreiheit bereits sehr gut aufgestellt. Dort, wo es noch Barrieren gibt, setzen wir uns für ihre Beseitigung ein.

Antworten der Christdemokratischen Union - CDU

Partizipation

Was werden Sie tun, um die Beteiligung behinderter Menschen an kommunalpolitischen Entscheidungen zu verbessern?

Die Einbindung des Behindertenbeirats muss in Kassel weiter gestärkt und gefördert werden. Darüber hinaus ist es wichtig, dass bei Projekten, sei es im Bau-, Schul- oder Sportbereich, die besonderen Anforderungen der Behinderten berücksichtigt und früh genug in die Planung einbezogen werden. Das Bundesteilhabegesetz gibt den Kommunen viele Möglichkeiten.

Treten Sie für die Schaffung einer hauptamtlichen Stelle für eine/n Behindertenbeauftragte/n der Stadt Kassel ein, die mit einer Person besetzt wird, die selbst behindert ist?

In der Stadt Kassel ist der Behindertenbeirat das Sprachrohr der Menschen mit Inklusionsbedarf. Die Schaffung einer hauptamtlichen Stelle würde ich immer im Zusammenhang mit dem Behindertenbeirat sehen und auch dort zur Debatte stellen wollen. Die CDU würde sich hier dem Wunsch nicht versperren, sondern gerne in der kommenden Wahlperiode bilateral mit dem Behindertenbeirat in eine Diskussion treten.

Kandidieren in Ihrer Partei behinderte Menschen, die sich auch für die Rechte dieses Personenkreises einsetzen, auf aussichtsreichen Listenplätzen für die Kommunalwahl? Und welche Personen sind dies?

Ich selber (Maximilian Bathon) vertrete die CDU als Sprecher für Behinderte. Als Schwerbehinderter, dessen Behinderung man auf dem ersten Blick nicht erkennt, weiß ich um das unangenehme Gefühl und die Reaktionen anderer Menschen auf meine besonderen Bedürfnisse. Auch beruflich habe ich als Schwerbehindertenvertreter in meinem Betrieb das Thema immer als wichtig erachtet und die Menschen unterstützt. Aktuell übe ich dieses Amt aufgrund meiner leitenden Position im Betrieb nicht mehr aus, setze mich aber weiterhin für die Belange der Schwerbehinderten ein. Ich kandidiere für die CDU auf Platz 13 der Stadtverordnetenliste der CDU. Natürlich entscheiden am Ende die Menschen unserer Stadt wie aussichtsreich eine Position auf einer Liste ist. Durch das bekannte Kumulieren und Panaschieren entscheiden Sie über Ihre Fürsprecher.

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Was werden Sie tun, um die Regelungen der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen verstärkt in Kassel umzusetzen?

Ich sehe die **Convention on the Rights of Persons with Disabilities (CRPD)** als Handlungsanweisung für die Kommunalpolitik. Im Vordergrund unserer Arbeit muss die Inklusion stehen, eine Öffnung bzw. eine Akzeptanz gegenüber Menschen mit Behinderungen zu schaffen. Es muss klar sein, dass Diversität normal ist und uns in unserem Alltag begleitet. Um das zu erreichen, ist noch ein weiter Weg zu gehen. Wenn wir im „Kleinen“ auf kommunaler Ebene damit anfangen, können wir etwas erreichen. Für die CDU ist hier der Ansatz ganz klar eine Stärkung des Behindertenbeirates und eine frühe Einbindung in kommunale Entscheidungsprozesse. Einen großen Fortschritt sehe ich auch durch das Bundesteilhabegesetz, das mit den Stimmen der CDU beschlossen wurde.

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Inklusion in Kassel zu verbessern, wie zum Beispiel im Bereich Bildung, Arbeit, Kultur oder Sport?

Sport: Die CDU fordert seit langem schon mehr und neue Sportstätten. Hier muss bei der Planung bereits klar sein, dass Barrierefreiheit eine große Rolle spielt. Hierzu sollte man mit Behindertensportvereinen zusammenkommen und gemeinsam die Bedürfnisse an moderne Sportstätten erarbeiten.

Kultur: Gerade in diesen schwierigen Zeiten erkennt man immer mehr die Bedeutung unserer Kulturstandorte für die Menschen unserer Stadt. Auch hier sehe ich die Zusammenarbeit mit dem Behindertenbeirat als sehr wichtigen Grundstein an. Es gilt hier zu klären, wo die Stolpersteine sind. Das beginnt bei Rampen für Lokalitäten, FM Anlagen für Hörgeschädigte, ausreichend Fahrstühle und Behinderten-Toiletten in allen städtischen Kultureinrichtungen. Auch müssen kulturelle Angebote im digitalen Bereich auf Menschen mit Behinderung abgestimmt werden. Hier müssen die bereits existierenden Techniken eingesetzt werden, um Kommunikation und Teilhabe zu fördern.

Bildung: Gerade die Schulen müssen sich auf den Weg in eine digitale Zeit machen. Der Digitalpakt Schule ermöglicht den Schulen diesen Weg, nun muss die Kommunalverwaltung gemeinsam mit den Schulen in Kassel dies auch umsetzen. Die digitalen Medien und Lernplattformen müssen auf Teilhabe zugeschnitten sein, damit alle Kinder gleichermaßen davon profitieren. Hier dürfen die Geräte nicht in den Schränken der Schulen versauern, sondern müssen proaktiv die Kinder zusammenführen. Hier müssen Lösungen mit den Pädagogen erarbeitet werden und eine digitale Infrastruktur aufgebaut werden.

Barrierefreiheit

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, dass Kassel für Menschen mit ganz unterschiedlichen Behinderungen barrierefreier wird, wie zum Beispiel

In den Aufsichtsräten der KVG und GWG, wie auch in allen städtischen Gremien ist die Barrierefreiheit ein regelmäßiges Thema. Ich glaube, wir sind in Kassel auf einem guten Weg.

Antworten von BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Partizipation

Was werden Sie tun, um die Beteiligung behinderter Menschen an kommunalpolitischen Entscheidungen zu verbessern?

Barrierefreiheit, Partizipation und die Schaffung von Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes Leben müssen wichtige Leitlinien für unsere Stadt sein. Dafür wollen wir Kasseler Grüne uns weiter einsetzen. Auch noch mehr Menschen mit Behinderungen zu ermutigen, aktiv in der Politik mitzuwirken, damit wir gemeinsam eine echte Inklusion in Kassel realisieren.

Treten Sie für die Schaffung einer hauptamtlichen Stelle für eine/n Behindertenbeauftragte/n der Stadt Kassel ein, die mit einer Person besetzt wird, die selbst behindert ist?

Inklusion ist eine Querschnittsaufgabe, die wir daher auch in einem zu schaffenden Amt für Chancengleichheit verankern wollen. Eine richtige und gute Behindertenpolitik ist nur dann möglich, wenn betroffenen Menschen, die persönliche Erfahrungen in diesem Bereich haben, die Möglichkeit gegeben wird, sich dafür auch einzusetzen. Genau das ist unser Ziel.

Kandidieren in Ihrer Partei behinderte Menschen, die sich auch für die Rechte dieses Personenkreises einsetzen, auf aussichtsreichen Listenplätzen für die Kommunalwahl? Und welche Personen sind dies?

Wie auch in der Vergangenheit, so auch jetzt, sind bei uns Kasseler Grünen immer Menschen mit einer Behinderung aktiv dabei. Auf Listenplatz 19 kandidiert Maria Stafyllaraki für die kommenden Kommunalwahlen und setzt sich für echte Inklusion und noch mehr Barrierefreiheit in Kassel ein.

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Was werden Sie tun, um die Regelungen der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen verstärkt in Kassel umzusetzen?

Wir setzen uns für entsprechende Rahmenbedingungen zur gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit einer Behinderung ein. Das bedeutet auch, einen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu erstellen, um damit eine konsequente Beteiligung des Behindertenbeirats sowie der Selbstvertretungs- und Selbsthilfeorganisationen bei der Entwicklung und Umsetzung städtischer Maßnahmen zur Inklusion zu ermöglichen.

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Inklusion in Kassel zu verbessern, wie zum Beispiel im Bereich Bildung, Arbeit, Kultur oder Sport?

Wir werden das Inklusionskonzept der Stadt Kassel aktualisieren und die Barrierefreiheit u.a. beim Wohnen, in Kitas und Schulen, im öffentlichen Nahverkehr, in Gaststätten und bei Sport- und Freizeitveranstaltungen vorantreiben. Mehr Teilhabe und Diversität zu ermöglichen und Diskriminierungen zu bekämpfen, das ist unser Ziel. Außerdem ist es uns sehr wichtig, dass den Eltern die Wahlfreiheit der Schule gesichert wird und dafür werden wir für jeden Förderschulzweig ein passendes Angebot bereithalten.

Barrierefreiheit

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, dass Kassel für Menschen mit ganz unterschiedlichen Behinderungen barrierefreier wird, wie zum Beispiel durch mehr barrierefreie und bezahlbare Wohnungen, beim öffentlichen Personennahverkehr, dem Zugang zu Gebäuden und öffentlichen Angeboten oder zu mehr Informationen in Leichter Sprache?

Genauso wie wir Kasseler Grüne momentan ein Wahlprogramm in Leichter Sprache und in Blindenschrift umsetzen, so wollen wir auch auf digitaler Ebene, wie in den Social Media Kanälen, auf Barrierefreiheit achten. In Zukunft sollte dies insgesamt ein ganz gewöhnliches Vorgehen sein. Inklusion sollte Alltag und selbstverständlich sein, keine Ausnahmesituation.

Antworten der Alternative für Deutschland – AfD

Partizipation

Was werden Sie tun, um die Beteiligung behinderter Menschen an kommunalpolitischen Entscheidungen zu verbessern?

Die Ressourcen des Behindertenbeirats für Kontakte zu Menschen mit Handicap sollten verbessert werden. Hier wären Sozialarbeiter für die Unterstützung von Betroffenen nötig. Derzeit gibt es eine umfassende unterstützende Begleitung für minderjährige Ausländer, die oft illegal nach Deutschland geschleppt wurden, mit einem Budget aus Bundes- und Landesmitteln im Kasseler Haushalt mit 5000 bis 11000 € pro Person und Monat. Hier halten wir eine teilweise Umschichtung solcher Mittel für dringend geboten und für gerecht, insbesondere angesichts der Situation vieler schwer behinderter Menschen in Pflegeheimen.

Treten Sie für die Schaffung einer hauptamtlichen Stelle für eine/n Behindertenbeauftragte/n der Stadt Kassel ein, die mit einer Person besetzt wird, die selbst behindert ist?

Würden wir unterstützen.

Kandidieren in Ihrer Partei behinderte Menschen, die sich auch für die Rechte dieses Personenkreises einsetzen, auf aussichtsreichen Listenplätzen für die Kommunalwahl? Und welche Personen sind dies?

Herr Moses-Meil auf Listenplatz 2 hat einen mittleren Grad der Behinderung. Unser Fraktionsmitglied in dieser Legislaturperiode, Herr Marggraff, hat sein Mandat aus gesundheitlichen Gründen nicht bis zum Ende der Legislaturperiode ausüben können, er ist von massiven Handicaps betroffen und entsprechend mit der Problemstellung vertraut.

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Was werden Sie tun, um die Regelungen der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen verstärkt in Kassel umzusetzen?

Mit den genauen Inhalten und deren rechtlichen Auslegungsmöglichkeiten der 50 Artikel der Behindertenrechtskonvention bin ich nicht im Detail vertraut. Häufig werden solche Konventionen von NGOs und ihren Anwälten zu ihrem Vorteil genutzt. Welche Verbesserungen wirklich für die Betroffenen in der täglichen Praxis resultieren, ist oft fraglich. Genau für diese Menschen brauchen wir aber Verbesserungen, nicht für geschäftstüchtige Anwälte.

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Inklusion in Kassel zu verbessern, wie zum Beispiel im Bereich Bildung, Arbeit, Kultur oder Sport?

Die Inklusion sehen wir teilweise kritisch. Es sollten den Betroffenen sowohl Angebote der Inklusion, wo gemeinsame Aktivitäten für keine Seite eine schwerwiegende Beeinträchtigung darstellen, als auch Angebote für eine gezielte Förderung ohne Anwesenheit von "Nicht-Betroffenen" zur Verfügung stehen. Den propagandistischen Vorwurf einer Ausgrenzung aus der Gesellschaft sehen wir als Vorwand, um teure, hochspezialisierte Einrichtungen einzusparen.

Barrierefreiheit

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, dass Kassel für Menschen mit ganz unterschiedlichen Behinderungen barrierefreier wird, wie zum Beispiel durch mehr barrierefreie und bezahlbare Wohnungen, beim öffentlichen Personennahverkehr, dem Zugang zu Gebäuden und öffentlichen Angeboten oder zu mehr Informationen in Leichter Sprache?

Als Opposition Maßnahmen zu ergreifen ist schwierig. Meine Bitte, die Stadt möge am Bahnhof Harleshausen die Barrierefreiheit auf eigene Kosten herstellen, um weitere Verzögerungen aus einem langwierigen Verfahren der Deutschen Bahn abzuwenden, blieb im Ausschuss ohne Erfolgsaussichten, ebenso meine Bitte, beim Einstellen des Busverkehrs im Bergpark Wilhelmshöhe, doch bitte die Gehbehinderten nicht zu vergessen. Barrierefreiheit gehört heute zu den Planungsgrundlagen aller Projekte. Bei vertretbarem Verhältnis von Aufwand und Nutzen werden wir solche Bemühungen stets unterstützen.

Antworten der Partei DIE LINKE.

Partizipation

Was werden Sie tun, um die Beteiligung behinderter Menschen an kommunalpolitischen Entscheidungen zu verbessern?

In unserem Kommunalwahlprogramm haben wir die Stärkung der Beiräte und damit auch des Behindertenbeirates in der Stadtpolitik zu unserem Ziel gemacht. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass der Einfluss der Beiräte auf die Stadtpolitik ausgebaut und gestärkt wird. Beiräte sollen umfassend informiert werden und Bürger:innen aktiv in Entscheidungsprozesse einbeziehen können. Beiräte sollen unserer Meinung nach nicht nur beratende Funktionen haben, sondern auch Entscheidungen treffen können. Wir setzen uns für eine Änderung der Hessischen Gemeindeordnung ein, die Beiräte zu wirklichen Mitbestimmungsorganen und nicht nur zu Anhängseln der Entscheidungen des Magistrats macht. DIE LINKE fordert echte Mitbestimmung durch Frage-, Rede- und Antragsrecht sowie ein Vetorecht der bestehenden kommunalen Behindertenbeiräte. Die Beiräte der Stadt (Behindertenbeirat, Ausländerbeirat, Seniorenbeirat) werden als Expert:innen in sie betreffenden Fragen der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats standardmäßig hinzugezogen und gehört. Sie müssen als demokratisch gewählte Vertreter:innen der Betroffenen konzipiert und ernst genommen werden. Die Umwandlung von Beiräten in andere, noch ohnmächtigere Institutionen lehnen wir ab.

DIE LINKE will zusätzlich die Einrichtung von Kulturbeirat, Jugendbeirat, Klimarat und Mieter:innenbeirat. Wir werden uns weiter aktiv für den Aufbau einer demokratischen Kultur "von unten" und der Einbeziehung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Nachbarschaften und sozialen Bewegungen in die Selbstverwaltung und Mitbestimmung der Stadt Kassel einsetzen.

Des Weiteren setzen wir uns generell für mehr demokratische Teilhabe ein; z.B. Bürgerentscheid und Ausweitung des Petitionsrechts, wovon jeder Mensch profitieren wird. Grundsätzlich fordern wir, dass die Bürger:innen an sie betreffende Entscheidungen beteiligt werden. Dies gilt für alle Personengruppen.

Letztendlich muss es jedoch darum gehen, dass sich Menschen mit Behinderungen in die gesamte Kommunalpolitik einbringen. Dabei sollen sie nicht nur ihre eigenen, sondern die Belange aller Bürgerinnen und Bürger in den kommunalen Gremien vertreten.

Treten Sie für die Schaffung einer hauptamtlichen Stelle für eine/n Behindertenbeauftragte/n der Stadt Kassel ein, die mit einer Person besetzt wird, die selbst behindert ist?

Wir unterstützen die Forderung nach einem/einer hauptamtlichen Behindertenbeauftragten. Im Falle einer hauptamtlichen Stelle für eine/n Behindertenbeauftragte/n der Stadt Kassel sind aus unserer Sicht einige Vorteile zu sehen. Etwa darin, eine direkte Ansprechperson zu haben, an die sich Betroffene aber auch die Verwaltung wenden können. Eine solche Stelle benötigt eine qualifizierte Besetzung, um sich für die Interessen der Betroffenen starkzumachen. Bei allen Ausschreibungen sollte gelten, dass Menschen mit Handicap und Frauen bei gleicher Qualifizierung bevorzugt werden. Damit eine solche Stelle auch wirkliche Verbesserungen bewirken kann, muss sie echte Kompetenzen besitzen und nicht nur eine reine „Abnickfunktion“ im Sinne eines behindertenpolitischen Feigenblattes besitzen. Abschließend ist zu sagen, dass eine solche Stelle zwar ein Mittel wäre, die Ungleichheit anzugehen, aber langfristig gesehen muss sich die Gesellschaft wandeln. Beauftragte für diskriminierte Personengruppen sind nötig so lange die Gesellschaft ist wie sie ist und Menschen diskriminiert.

Kandidieren in Ihrer Partei behinderte Menschen, die sich auch für die Rechte dieses Personenkreises einsetzen, auf aussichtsreichen Listenplätzen für die Kommunalwahl? Und welche Personen sind dies?

Wir haben aktuell leider keine Person mit Behinderung auf einem der aussichtsreichen Listenplätze.

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Was werden Sie tun, um die Regelungen der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen verstärkt in Kassel umzusetzen?

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im europäischen und deutschen Recht muss höchste Priorität haben. Die Barrierefreiheit muss gesetzlich eingefordert werden und die EU-Antidiskriminierungsrichtlinie endlich umgesetzt. Ein aktiver Sozialstaat muss dafür sorgen, dass die Menschenrechte für alle gelten und der Gedanke einer inklusiven Gesellschaft von Anfang an gefördert wird. Menschenrechte dürfen nicht unter Kostenvorbehalt gestellt werden. Selbstbestimmung ist als dominierendes Prinzip einklagbar in der Behindertenpolitik zu verankern. Daneben setzt DIE LINKE sich für die Verwirklichung des Selbstvertretungsanspruches von Menschen mit Behinderungen ein. Chancengerechtigkeit soll hergestellt und Barrieren – auch in den Köpfen – müssen abgebaut werden. Das Prinzip der barrierefreien Zugänglichkeit aller Lebensbereiche ist eine unabdingbare

Grundlage für gleiche Teilhabe und fördert den solidarischen Zusammenhalt. Konkrete Maßnahmen in Kassel können Sie der Antwort auf die Fragen zu Inklusion in Kassel und zur Barrierefreiheit entnehmen. Ein Beispiel aus der Vergangenheit ist unser Engagement bezüglich der Mitnahme von Scootern in den Fahrzeugen der KVG.

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Inklusion in Kassel zu verbessern, wie zum Beispiel im Bereich Bildung, Arbeit, Kultur oder Sport?

2015 wurde die Stadt Kassel „Modellregion“ für die schulische Integration, dem gemeinsamen Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Schüler:innen. Das gemeinsame Lernen von Kindern und Jugendlichen unterschiedlichen Alters und Entwicklungsstandes, mit körperlichen und geistigen Besonderheiten und auch unterschiedlicher sozialer Herkunft wird jedoch schon durch das mehrgliedrige Schulsystem institutionell unterbunden. Zudem sind die Prozesse in den Schulen ausgerichtet auf Leistung und Konkurrenz untereinander und einer größtmöglichen Anpassung an den Arbeitsmarkt. Sie dienen damit einem ökonomischen Verwertungsinteresse. Dem können auch engagierte Lehrer:innen und alternative Schulkonzepte nur wenig entgegenzusetzen. In die Ausgrenzung von Schüler:innen, die nicht in dieses Leistungssystem passen, sollen nun auch behinderte Kinder und Jugendliche aufgenommen werden. Solange diese Ausgrenzungsdynamik weiter tabuisiert wird, gibt es für nichtbehinderte und behinderte Schüler:innen keine echte Inklusion. (Erkennbar ist dies auch an den Vereinbarungen mit dem Land Hessen, die keinerlei zusätzliche Stellen für sozialpädagogische Fachkräfte im gemeinsamen Unterricht vorsehen. Die Eckpunkte, nach denen Inklusion in Kassel umgesetzt werden soll, machen deutlich, dass bei uns wie auch in den anderen hessischen Modellregionen eine Sparlösung zum Einsatz kommt.) Dies lehnt DIE LINKE ab. Statt Auslese heißt unser Prinzip Förderung. Wir fordern u.a. die Ausstattung aller Schulen mit einer sozialpädagogischen Fachkraft pro drei Schulklassen zusätzlich zum bestehenden Förderbedarf. Außerdem die Einrichtung einer unabhängigen Beratungsstelle für Eltern, die über die unterschiedlichen Möglichkeiten schulischer Inklusion berät. Inklusion bedeutet aber weit mehr als nur Kinder mit Behinderungen in die Regelschulen zu integrieren. Es müssen Ausbildungs- und Arbeitsstellen geschaffen werden, die behinderten Menschen ihren Berufswunsch ermöglichen und gerechte Entlohnung und Sicherheit ermöglichen. Kneipen, Cafés und Restaurants müssen aktiv Besuche von Menschen mit Behinderungen fördern, um die gesellschaftliche Einheit gelingen zu lassen. Es ist allerhöchste Zeit, Inklusion auf voller Ebene und in allen Lebensbereichen konsequent zu ermöglichen. Kein einziger Mensch darf nur eingeschränkten Zugang zu unserer Gesellschaft haben!

Barrierefreiheit

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, dass Kassel für Menschen mit ganz unterschiedlichen Behinderungen barrierefreier wird, wie zum Beispiel durch mehr barrierefreie und bezahlbare Wohnungen, beim öffentlichen Personennahverkehr, dem Zugang zu Gebäuden und öffentlichen Angeboten oder zu mehr Informationen in Leichter Sprache?

Für Teilhabe bedarf es barrierefreier Zugänge zu sämtlichen öffentlichen Gebäuden wie Arztpraxen, Bürgergebäuden, Schulen, Kinos und Theater etc. Der ÖPNV muss endgültig umgerüstet werden, um den Menschen mit Behinderungen selbstbestimmt und unabhängig von der Hilfe anderer Menschen die Nutzung zu ermöglichen. Die Kasseler Linke hat beispielsweise den Umbau der Haltestelle Friedenskirche oder bei der Regelung zur Mitnahme von zwei Rollstuhlfahrer:innen in den Bahnen unterstützt.

Barrierefreiheit liegt nicht nur in der physischen Zugänglichkeit zu Gebäuden, sondern auch, vor allem durch die Maskenpflicht wieder in den Fokus geraten, in der Zugänglichkeit zu Informationen und Informationsweitergabe. Hierfür wollen wir den starken Ausbau akustischer, gebärdensprachlicher und blindenschriftlicher Kommunikationsmöglichkeiten im öffentlichen Raum und die Förderung dieser Kommunikationswege im privaten Raum. Auch die Digitalisierung muss barrierefrei erfolgen.

Wir fordern die Sicherung und Schaffung menschenwürdigen Wohnraumes für Menschen mit besonderen Anforderungen, wie z.B. Menschen mit Behinderungen. Der Bedarf an günstigen barrierefreien Wohnungen muss gedeckt werden. Dazu braucht es die Erstellung und die Umsetzung eines Entwicklungsprogrammes Wohnen.

Die Gleichberechtigung von Menschen mit Behinderungen bedeutet einerseits einen Nachteilsausgleich als Solidarleistung, andererseits bedeutet das aber auch eine große Bereicherung der Gesellschaft durch Diversität und Unterschiede. Der Nachteilsausgleich muss teilweise finanziell erfolgen, durch Bezuschussung von Familien mit beeinträchtigten Kindern und Bezuschussung von selbstständig lebenden Menschen mit Behinderungen. Teilweise muss dieser Ausgleich auch in Dienstleistungen und Angeboten erfolgen, wie der Bereitstellung leicht verständlicher Formulare und Dokumente, erleichtertem Zugang zu Förderungen, zentralen Beratungsstellen für alle Bedürfnisse sowie der Bereitstellung kostenloser Transporte für Menschen mit schweren Behinderungen.

Abschließend wollen wir als LINKE jede Person herzlich einladen, mit zu arbeiten und solche Anliegen dauerhaft in der Partei einzubringen. Wir brauchen euer Fachwissen und Alltagspraxiserfahrungen!

Antworten der Partei Freie Demokraten - FDP

Partizipation

Was werden Sie tun, um die Beteiligung behinderter Menschen an kommunalpolitischen Entscheidungen zu verbessern?

Die Grundlage für Beteiligung ist Information. Für Menschen mit Behinderung kann schon die Teilnahme an Ratssitzungen eine Herausforderung sein, wenn sie in Ihrer Mobilität eingeschränkt sind. Wir fordern deshalb einen Livestream, welcher verbindlich die Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung, ihrer Ausschüsse und selbst die Ortsbeiratssitzungen online zur Verfügung stellt.

Mit uns wird außerdem das digitale Rathaus Realität, in welchem Sie bequem von überall am Laptop, Tablet oder Smartphone mit der Stadtverwaltung und -politik interagieren können.

Außerdem können wir uns vorstellen, dem Behindertenbeirat ein Stimmrecht im Ausschuss zu geben. Bisher kann der Beirat nur beratend tätig werden.

Treten Sie für die Schaffung einer hauptamtlichen Stelle für eine/n Behindertenbeauftragte/n der Stadt Kassel ein, die mit einer Person besetzt wird, die selbst behindert ist?

Wichtig ist für uns nicht die Schaffung einzelner Stellen, um sich so als Politik aus der Verantwortung zu nehmen. Die Stadtverordnetenversammlung muss sich für dieses Thema sensibilisieren und auch Politik für Menschen mit Behinderung machen.

Kandidieren in Ihrer Partei behinderte Menschen, die sich auch für die Rechte dieses Personenkreises einsetzen, auf aussichtsreichen Listenplätzen für die Kommunalwahl? Und welche Personen sind dies?

Ja, auf Platz fünf für die Stadtverordnetenversammlung kandidiert eine Person mit Behinderung. Sein Name ist Timo Evans.

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Was werden Sie tun, um die Regelungen der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen verstärkt in Kassel umzusetzen?

Die Stadtverordnetenversammlung muss sich die Behindertenrechtskonvention vornehmen und prüfen, wie sie die einzelnen Themen umsetzen kann. Gleichzeitig muss bei allen Projekten auch geschaut werden, wie diese konventionsgerecht umgesetzt werden können.

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Inklusion in Kassel zu verbessern, wie zum Beispiel im Bereich Bildung, Arbeit, Kultur oder Sport?

Der Grundstein von Teilhabe und Inklusion wird in der Schule gelegt. Davon sind wir überzeugt. Und so vielfältig wie wir Menschen, sollten auch die Möglichkeiten sein. Davon sind wir überzeugt. Dazu gehört die Freiheit, sich entscheiden zu können zwischen dem Besuch von Halbtags- und Ganztagschulen, zwischen verschiedenen Schulstandorten und Schulformen sowie zwischen Förderschulen und allgemeinbildenden Schulen für Kinder mit einer Behinderung. Jeder hat die Schule verdient, die für ihn am besten ist.

Barrierefreiheit

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, dass Kassel für Menschen mit ganz unterschiedlichen Behinderungen barrierefreier wird, wie zum Beispiel durch mehr barrierefreie und bezahlbare Wohnungen, beim öffentlichen Personennahverkehr, dem Zugang zu Gebäuden und öffentlichen Angeboten oder zu mehr Informationen in Leichter Sprache?

Barrierefreiheit ist unabdingbar für echte Teilhabe. Diese gilt es, in der analogen wie auch digitalen Welt zu erreichen. Bei der Umsetzung der EU-Richtlinie zum barrierefreien Zugang zu Webseiten von öffentlichen Stellen besteht dringender Nachholbedarf. Die Verwendung leichter Sprache muss vorangetrieben werden. Auch für einen barrierefreien ÖPNV sowie Schienennah- und -fernverkehr machen sich die Freien Demokraten stark. Wir teilen die Auffassung - die auch in der UN-Behindertenrechtskonvention zum Ausdruck gebracht wird - dass sowohl der Zugang zu Information und Kommunikation als auch der Zugang zu Mobilität die Grundlage für eine echte Teilhabe darstellen.

Antwort der Wählergruppe Rettet die Bienen

Partizipation

Was werden Sie tun, um die Beteiligung behinderter Menschen an kommunalpolitischen Entscheidungen zu verbessern?

Fast 40.000 Menschen in Kassel leben mit einer leichten oder einer schweren Behinderung. Allein diese Zahl macht deutlich, wie wichtig es ist, behinderte Menschen an kommunalpolitischen Entscheidungen stärker zu beteiligen und vor allem ihre Interessen auch zu berücksichtigen. Dies betrifft insbesondere die barrierefreie Gestaltung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes, die Integration von Kindern mit Behinderung in den Kindergärten und Schulen oder die Schaffung von barrierefreiem Wohnraum. Die Rechte des Behindertenbeirates sind zu stärken. Vor allem aber sind dessen Stellungnahmen viel stärker zu berücksichtigen.

Treten Sie für die Schaffung einer hauptamtlichen Stelle für eine/n Behindertenbeauftragte/n der Stadt Kassel ein, die mit einer Person besetzt wird, die selbst behindert ist?

Ja.

Kandidieren in Ihrer Partei behinderte Menschen, die sich auch für die Rechte dieses Personenkreises einsetzen, auf aussichtsreichen Listenplätzen für die Kommunalwahl? Und welche Personen sind dies?

Ja, Frau Petra Groß kandidiert auf dem aussichtsreichen Platz 4 unserer Liste. Sie ist Mitglied des Behindertenbeirates.

Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention

Was werden Sie tun, um die Regelungen der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen verstärkt in Kassel umzusetzen?

Über entsprechende Anträge werden wir versuchen, Mehrheiten in der Stadtverordnetenversammlung für die Umsetzung der Konvention zu erreichen.

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um die Inklusion in Kassel zu verbessern, wie zum Beispiel im Bereich Bildung, Arbeit, Kultur oder Sport?

Verstärkung der Assistenz, kleinere Klassen, Änderung des Bewusstseins.

Barrierefreiheit

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, dass Kassel für Menschen mit ganz unterschiedlichen Behinderungen barrierefreier wird, wie zum Beispiel durch mehr barrierefreie und bezahlbare Wohnungen, beim öffentlichen Personennahverkehr, dem Zugang zu Gebäuden und öffentlichen Angeboten oder zu mehr Informationen in Leichter Sprache?

Mehr barrierefreie und bezahlbare Wohnungen können durch entsprechende Festsetzungen in den Bebauungsplänen erreicht werden, beim ÖPNV müssen sämtliche Haltestellen barrierefrei ausgestaltet werden und auch der Zugang zu Gebäuden und öffentlichen Angeboten muss barrierefrei sein. Schließlich muss es auch mehr Informationen in Leichter Sprache, insbesondere auf der Internetseite der Stadt Kassel geben.